



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 20.01.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz
Zeit: 16:00 Uhr bis 17:22 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
	Teilnahme ab 16:11 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin des Büros des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Maik Stehle	Protokollführer

Gast

Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
---------------------	-------------------------------------

zu **Einwohnerfragen**

zu **Herr Thomas zur Corona-Pandemie**

Herr Thomas bezog sich auf die Corona-Pandemie und fragte, warum weiterhin restriktive Maßnahmen veranlasst werden, wenn diese Maßnahmen keine Wirkung zeigen? Weiterhin teilte er mit, dass er mehrmals wissenschaftliche Ausführungen zu wirksamen Corona-Maßnahmen übersandt hat. Er fragte, warum diese ignoriert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass sich die Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) an den Vorgaben des Landes Sachsen-Anhalt orientieren. Die Bewertung dieser Maßnahmen erfolgt durch das Robert-Koch-Institut, worauf sowohl das Land Sachsen-Anhalt als auch die Stadt Halle (Saale) verweisen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde vom Vorsitzenden, **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Wortmeldungen zur Tagesordnung, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.12.2020
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 09.12.2020
Vorlage: VII/2020/02114

5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02137
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zum Zebrastreifen in der Dessauer Straße
Vorlage: VII/2020/02062
 - 8.2. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Umgang mit sich in Quarantäne befindlichen Kindern und Jugendlichen
Vorlage: VII/2020/02011
 - 8.3. Mitteilung zur Anregung der Stadträtinnen Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion) und Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Politikberatung in der Pandemie
Vorlage: VII/2020/01938
 - 8.4. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion) zur Ertüchtigung eines Weges auf der Peißnitzinsel
Vorlage: VII/2020/01950
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.12.2020

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 09.12.2020

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 09.12.2020 Vorlage: VII/2020/02114

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 09.12.2020 im Stadthaus vor dem Festsaal ausgehängt wurden und digital im Ratsinformationssystem einsehbar sind. Im Folgenden las er die gefassten Beschlüsse vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2021/02137

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte in die Beschlussvorlage ein.

Herr Scholtyssek fragte, ob weitere Vereinbarungen mit anderen Landkreisen im Umfeld geplant sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies denkbar ist, wenn das von anderen Kommunen gewünscht ist. Dies wird dem Hauptausschuss zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung entsprechend vorgelegt. Aktive Verhandlungen gibt es aktuell nicht.

Herr Heym fragte, ob die Abrechnung der Transportleistung zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Versicherung des Betroffenen abgerechnet wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Abrechnung entsprechend § 5 der Vereinbarung erfolgt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die „Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen der Stadt Halle (Saale) für den Landkreis Wittenberg“ abzuschließen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu Information zum Versammlungsgesetz

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über den geänderten Gesetzesentwurf des Landesversammlungsgesetzes, zu dem eine Stellungnahme erbeten wurde. Diese wurde in den Beratungskreis des Landtages gegeben und wird den Stadträten zur Verfügung gestellt.

zu Information zur aktuellen Corona-Situation

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über die aktuellen Zahlen hinsichtlich der Corona-Pandemie und wies auf die nur langsam sinkenden Inzidenzzahlen hin. Er verwies zudem auf die angespannte Situation in den Krankenhäusern sowie auf die Pressekonferenz des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt am heutigen Tag. Im Katastrophenschutzstab wird eine erste Änderungsverordnung aufgrund der aktuellen Situation auf den Weg gebracht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Impfungen anhand des Verteilerschlüssels des Landes vorgenommen werden. Da eine Terminvergabe für Zweitimpfungen im Landesportal nicht möglich war, wird diese nunmehr durch die Stadt Halle (Saale) gewährleistet. Weiterhin informierte er über geplante mobile Impfteams für Personen, die kein Impfzentrum aufsuchen können. Die Impfungen sollen perspektivisch auf Haus- und Fachärzte ausgeweitet werden, sobald genügend Impfstoff zur Verfügung steht.

**zu 8.1 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zum Zebrastreifen in der Dessauer Straße
Vorlage: VII/2020/02062**

Frau Ernst sagte, dass die Sicht der Kraftfahrer auf die Fußgänger und umgekehrt nicht durch Hindernisse eingeschränkt ist. Der Fußgängerüberweg ist auch durch den zusätzlichen Ausleger über der Fahrbahn gut wahrnehmbar. Im Rahmen der Schulwegsicherung wurde in dem Bereich der Dessauer Straße die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h, in der Zeit von montags bis freitags von 6.00 Uhr bis 18.00 Uhr, reduziert. Die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit wird regelmäßig überwacht. Das Unfallgeschehen in diesem Bereich zeigt keine Auffälligkeiten. Bei der Nutzung des Fußgängerüberwegs zur Fahrbahnquerung hat es in den vergangenen zehn Jahren einen Unfall gegeben. In Abhängigkeit der Witterung erfolgt im ersten bis zweiten Quartal 2021 eine Erneuerung der Markierung auf der Straße. Die Polizei wurde gebeten, in diesem Bereich Kontrollen des fließenden Verkehrs vorzunehmen.

**zu 8.2 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Umgang mit sich in Quarantäne befindlichen Kindern und Jugendlichen
Vorlage: VII/2020/02011**

Frau Brederlow sagte, dass der Fachbereich Gesundheit bereits im Oktober 2020 eine Empfehlung für Eltern erarbeitet hat. Diese wurde den Schulen und Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Aufgrund der aktuellen Situation wird diese Empfehlung in Hinsicht auf Kontaktstellen erweitert und zeitnah den Einrichtungen übergeben.

**zu 8.3 Mitteilung zur Anregung der Stadträtinnen Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion) und Dr. Inés Brock (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Politikberatung in der Pandemie
Vorlage: VII/2020/01938**

Frau Brederlow sagte, dass die benannten Kompetenzen größtenteils durch den Katastrophenschutzstab abgedeckt werden und bei Bedarf gezielt Rücksprachen mit Experten zu verschiedenen Themenbereichen gehalten werden.

Frau Dr. Brock fragte, wie die personelle Zusammensetzung des Katastrophenschutzstabes aussieht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies auf der städtischen Internetpräsenz veröffentlicht wird.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Kay Senius (SPD-Fraktion) zur Ertüchtigung eines Weges auf der Peißnitzinsel
Vorlage: VII/2020/01950

Herr Rebenstorf sagte, dass es sich um einen Weg entlang der Wilden Saale zwischen der Bürgerbrücke und der Schwanenbrücke handelt. Zurzeit laufen die Instandsetzungsmaßnahmen. Diese sollen bis zum Sommer 2021 abgeschlossen sein.

zu 8.5 Information zum Haushalt

Herr Geier sagte, dass die Stadtverwaltung gegen eine Anordnung des Landesverwaltungsamtes zu Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 8 Mio. Euro in Widerspruch gegangen ist. Dieser wurde vom Landesverwaltungsamt zurückgewiesen. Nach Auswertung der Begründung des Widerspruchs wird seitens der Stadtverwaltung ein Verfahrensvorschlag unterbreitet. Der Haushalt 2021 wurde am 21.12.2020 beim Landesverwaltungsamt eingereicht.

zu 8.6 Information zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2021

Frau Ernst sagte, dass an der ehemaligen jüdischen Trauerhalle in der Dessauer Straße eine Kranzniederlegung in Anwesenheit des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Halle, Herrn Max Privorozki, dem Leiter der Gedenkstätte Roter Ochse, Herrn Michael Viebig, und der Beigeordneten für Kultur und Sport, Frau Dr. Judith Marquardt, stattfindet. Hierzu wird eine Information an die Fraktionsgeschäftsstellen erfolgen.

zu 8.7 Information zu sich in Quarantäne befindlichen Erziehern und Kindern

Frau Brederlow sagte, dass aufgrund der Schließung der Kindertagesstätten bis zum 10.01.2021 keine Statistik dazu geführt wurde. Seit dem 13.01.2021 gibt es wieder Meldungen dazu, die in der täglichen Pressekonferenz des Oberbürgermeisters dargestellt werden. Diese Zahlen werden zudem einmal wöchentlich an das Land gemeldet. Eine Darstellung der Zahlen seit März 2020 ist aufgrund des Arbeitsumfanges aktuell nicht möglich.

zu 8.8 Information zum Dürreschutzkonzept

Herr Rebenstorf sagte, dass momentan die finalen Abstimmungen zum Dürreschutzkonzept vorgenommen werden. Eine Vorlage wird voraussichtlich im Februar, spätestens jedoch im März eingebracht werden.

zu 8.9 Information zur Liegenschaft Karl-Ernst-Weg

Frau Ernst sagte, dass in der Liegenschaft das DRK untergebracht ist. Im Moment werden alternative Liegenschaften geprüft. Sobald ein Prüfergebnis vorliegt, erfolgt eine Information.

zu 8.10 Information zu einem Behindertenparkplatz am Osendorfer Weg

Frau Ernst sagte, dass die Stadtverwaltung die Anfrage zum Anlass genommen hat, die örtlichen Gegebenheiten zu prüfen. Aktuell wird die Einrichtung eines Parkplatzes auf dem Gelände des Kanuzentrums erwogen. Dazu wird die Stadt mit den vor Ort ansässigen Sportvereinen Kontakt aufnehmen. Über das Ergebnis kann voraussichtlich in der Sitzung des Hauptausschusses im März 2021 informiert werden.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Ranft zum Flughafen Halle-Leipzig

Frau Ranft bezog sich auf das Ausbauprojekt des Flughafens Halle-Leipzig und die Stellungnahmen der Städte Leipzig und Schkeuditz dazu. Sie fragte, ob die Stadt Halle (Saale) an dem Verfahren beteiligt ist. Wenn ja, wann und wie hat die Stadt Halle (Saale) Stellung dazu bezogen? Wenn nein, ist das noch vorgesehen und wird der Stadtrat beteiligt?

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass eine Prüfung der Beteiligung des Stadtrates erfolgen und die Stellungnahme dem Stadtrat vorab übersandt wird.

zu 9.2 Herr Eigendorf zum Home-Office innerhalb der Stadtverwaltung Halle

Herr Eigendorf fragte, wie viele Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung zum Stichtag 01.12.2020, 15.12.2020 und 15.01.2021 im Home-Office gearbeitet haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand sagte, dass es in der Stadtverwaltung die Möglichkeit gibt, über den Vorgesetzten/die Vorgesetzte Home-Office zu beantragen. Im Rahmen der Umsetzungsmöglichkeiten wird dies mit den Fachbereichsleitern abgestimmt.

Herr Geier sagte, dass mit heutigem Stand 225 Mitarbeiter/innen im Home-Office arbeiten. Im Dezember betrug die durchschnittliche Anzahl zwischen 60 und 120 Personen.

Herr Eigendorf fragte, wie viele Mitarbeiter/innen aufgrund ihres Aufgabenbereiches nicht die Möglichkeit des Home-Office-Angebotes wahrnehmen können.

Herr Geier sagte, dass ca. 1.400 Arbeitsplätze ungeeignet für Home-Office Lösungen und 1.200 Arbeitsplätze geeignet sind.

Herr Eigendorf fragte, welche Probleme sich bei der Umsetzung der Home-Office-Möglichkeiten ergeben haben und wo strukturelle und organisatorische Herausforderungen bestehen. Weiterhin fragte er, an welchen Stellen die Notwendigkeit besteht, finanziell und personell nachzusteuern.

Herr Geier sagte, dass im Jahr 2020 ein Leitfaden zur Umsetzung von Home-Office erarbeitet wurde und organisatorisch keine Probleme zu verzeichnen sind. Zudem wurden im vergangenen Jahr zusätzlich 325 Laptops beschafft, um weitere technische Voraussetzungen zu schaffen. Im Rahmen des IT-Budgets ist es vorgesehen, die Anschaffung mobiler Geräte den stationären Computern vorzuziehen.

zu 9.3 Herr Eigendorf zum Stadtbad

Herr Eigendorf bezog sich auf den im Dezember 2020 gefassten Beschluss zum Nutzungskonzept und der Finanzierung der Generalsanierung des Stadtbades und fragte, welche Schritte die Stadtverwaltung seitdem in Bezug auf die Antragstellung unternommen hat und wann das Beratergremium zusammentreten wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Fördermittelgeber nach der Beschlussfassung über das Nutzungskonzept und den Finanzierungsplan informiert wurden. Im nächsten Schritt ist ein Koordinierungsgespräch zwischen den Fördermittelgebern bis Mitte Februar geplant. Dieses bildet die Voraussetzung für die Antragstellung. Die erste Beratung des Gremiums ist ebenfalls für Februar geplant. Hierzu kommen je ein Vertreter aus den Fraktionen sowie des Fördervereins, der Bäder Halle GmbH und der Stadtverwaltung zusammen.

zu 9.4 Herr Lange zur Impfung gegen das Corona-Virus

Herr Lange fragte, ob für die zweite Impfung eine automatische Terminvergabe erfolgen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies bereits praktiziert wird. Im Rahmen der Erstimpfung wird ein Termin für die zweite Impfung mit den Betroffenen vereinbart.

zu 9.5 Herr Lange zur Schließung des Wochenmarktes

Herr Lange fragte nach den Gründen für die Schließung des Wochenmarktes und merkte an, dass der Einkauf im Vergleich zu Supermärkten an der frischen Luft getätigt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Entscheidung zur Schließung des Wochenmarktes durch die erhöhten Inzidenzzahlen von über 200 getroffen wurde. Die Einschränkung der Mobilität soll dazu beitragen, dass die Menschen Zuhause bleiben. Gleiches gilt für die reisegewerblichen Tätigkeiten. Fällt der Inzidenzwert an fünf aufeinander folgenden Tagen unter 200, kann diese Regelung aufgehoben werden.

zu 9.6 Herr Lange zur Meldung der Corona-Zahlen und Kontaktverfolgung

Herr Lange fragte, ob der Anschluss des Gesundheitsamtes an das elektronische Datenübermittlungssystem erfolgt ist und ob dies reibungslos funktioniert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die gemeldeten Corona-Zahlen vom Landesamt für Verbraucherschutz mit denen der Stadtverwaltung übereinstimmen. Nach internen Umstrukturierungen wurden anfängliche Schwierigkeiten bei der Umstellung auf das einheitliche System behoben. Das Verfahren zur Kontaktverfolgung wurde optimiert und funktioniert gut.

zu 9.7 Herr Dr. Bergner zum ehemaligen Sportinternat in der Dölauer Straße

Herr Dr. Bergner fragte, ob die Stadt für die Nutzung des ehemaligen Sportinternats Eigenbedarf angemeldet hat und für welchen Zweck dies geschah.

Frau Dr. Marquardt sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Dr. Bergner fragte, ob seine schriftlich eingereichte Anfrage zur Ballsporthalle im nicht öffentlichen Teil beantwortet wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.8 Herr Scholtyssek zur Impfstoffverteilung

Herr Scholtyssek fragte, woher die Diskrepanz bei der Berechnung des Verteilerschlüssels für die bereitgestellten Impfdosen vom Land für die Stadt Halle (Saale) kommt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.9 Herr Scholtyssek zur Versammlungsbehörde

Herr Scholtyssek bezog sich auf die personelle Aufstellung und Kosteneinschätzung des Landes und der Stadtverwaltung. Er fragte, wie der Unterschied der Werte zustande kommt und ob die Stadtverwaltung die Aufgaben der Versammlungsbehörde übernehmen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Aufgabe durch die Stadtverwaltung übernommen wird, wenn dies vom Land so zugeordnet wird. Der Personalansatz des Landes erscheint im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung für die Stadt Halle (Saale) nicht ausreichend. Eine Einschätzung der Personalaufstellung wird seitens der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt.

Herr Scholtyssek fragte, ob die hierzu erfolgte Stellungnahme der Stadtverwaltung beim Innenministerium ebenfalls zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte dies zu.

zu 9.10 Frau Dr. Brock zur angedachten Teilung der Kinderbetreuung zwischen zwei Familien

Frau Dr. Brock fragte, ob die Wahrnehmung der Kinderbetreuung auf zwei Familien aufgeteilt werden kann.

Frau Brederlow sagte, dass dies in der kommenden Eindämmungsverordnung des Landes geregelt wird und dementsprechend eine Umsetzung für das Stadtgebiet möglich ist.

zu 9.11 Frau Dr. Brock zur Organisationsstruktur des Geschäftsbereiches II

Frau Dr. Brock bat um Begründung der Änderung der Organisationsstruktur des Geschäftsbereiches II.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dies im Bericht des Oberbürgermeisters in der letzten Stadtratssitzung thematisiert wurde und es sich hierbei um eine Abstimmung mit dem Beigeordneten handelt.

Herr Rebenstorf sagte, dass es inhaltliche Neuausrichtungen im Geschäftsbereich gab und personelle Veränderungen vorgenommen wurden. Fachbereich 61 wird künftig Stadtplanung und Bauordnung vereinen. Der neue Fachbereich 66 wird den Namen Mobilität tragen. Im Fachbereich Umwelt wurden lediglich kleine Änderungen vorgenommen. Dem Büro des Beigeordneten wird das Referat Recht zugeordnet, worin Städtebaurecht und Umweltrecht konzentriert werden.

zu 9.12 Frau Dr. Brock zu ausstehenden Beschlusskontrollen

Frau Dr. Brock bezog sich auf die Sitzung des Hauptausschusses am 09.12.2020 und die dort gestellten mündlichen Anfragen. Sie fragte, ob die noch ausstehenden Antworten nachgereicht werden.

Frau Ernst sagte, dass diese in der Vorbereitung sind und zeitnah nachgereicht werden.

zu 9.13 Frau Dr. Brock zur Entschädigungssatzung der ehrenamtlichen Beiräte

Frau Dr. Brock fragte, wann die Entschädigungssatzung für ehrenamtliche Beiräte vorgelegt wird.

Herr Geier sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9.14 Herr Wels zum Leistungssport

Herr Wels fragte, ob die Durchführung regelmäßiger Corona-Tests für die Olympiakader seitens der Stadtverwaltung vorgesehen ist.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass es Hygienekonzepte für die Nutzung der Sportstätten gibt. Die Vereinbarungen in den Trainingsgruppen und mit den Fachverbänden hinsichtlich der Corona-Tests müssen erörtert werden. Eine Beantwortung wird schriftlich nachgereicht.

zu 9.15 Herr Wolter zum Salzstreuen am Riveufer

Herr Wolter bezog sich auf einen Bürgerhinweis, dass am Riveufer im Wurzelbereich der Bäume Salz gestreut wurde und fragte, ob dies vom Fachbereich überwacht wird.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 9.16 Herr Wolter zur Freiraumagentur

Herr Wolter fragte, ob die Freiraumagentur ihre Arbeit aufgenommen hat.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Freiraumagentur die Arbeit bereits im Oktober aufgenommen hat. Dazu wurde seitens der Stadtverwaltung eine Pressemitteilung herausgegeben.

Herr Wolter bat um Übersendung der Pressemitteilung.

zu 9.17 Herr Wolter zu einer Stellenbesetzung

Herr Wolter erkundigte sich zum Stand des Stellenbesetzungsverfahrens „Koordinator/in für Demokratieförderung“.

Herr Paulsen sagte, dass das Stellenbesetzungsverfahren in den letzten Zügen ist und zeitnah die Abstimmungen mit dem ausgewählten Bewerber zum Stellenantritt beginnen.

zu 9.18 Herr Wolter zur technischen und personellen Voraussetzung von Home-Schooling

Herr Wolter bezog sich auf die Betreuung der Kinder in den Grundschulen und fragte, ob die Stadtverwaltung über technische und personelle Probleme bei der Umsetzung von Home-Schooling in Kenntnis gesetzt wurde.

Frau Brederlow sagte, dass die Personalfrage innerhalb der Schulen in der Zuständigkeit des Landes liegt. Diese Thematik wird im Rahmen der Schulleiterberatung aufgegriffen, an der auch das Landesschulamt beteiligt ist. Die technischen Voraussetzungen werden zum Teil über das Sofortprogramm des Landes abgedeckt. Die noch ausstehenden Gerätelieferungen sollen in der kommenden Woche erfolgen. Ein weiterer Aspekt ist der Breitbandausbau, der noch nicht flächendeckend vollzogen ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass seitens der Verwaltung eine Information zum Fortschritt des Förderprogramms für Breitbandausbau im Stadtgebiet zur Verfügung gestellt wird.

Herr Wolter fragte, ob es aufgrund der aktuellen Situation verstärkt Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen gibt und ob diese Zahlen in der Stadtverwaltung erfasst werden.

Frau Brederlow sagte, dass es aktuell keinen erhöhten Bedarf an Betreuungen durch das Jugendamt gibt. Seitens der Verwaltung wurde ein umfassendes System mit Informationen zur Unterstützung aller Beteiligten entwickelt. Dieses wird zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgelegt.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer